



# Miltabader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,76 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 10 bei der Oberamtspostkasse Neuenburg am Enztal. — Bankkonto: Enztalbank Böhle & Co., Wildbad; Oberheimer Gewerksbank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Besten Grundpreis 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kleinanzeigen 50 Pf. — Robert nach Tarif, für Dreier und bei Ausnahmestellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkretenfällen oder wenn gerichtliche Vertretung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Hans Volkmer

Nummer 10      Februar 479      Donnerstag den 14. Januar 1932      Februar 479      67. Jahrgang.

## Deutschlands Schicksalsstunde!

Mit der Reparationskonferenz von Lausanne ist die Schicksalsstunde für Deutschland, für Europa gekommen. Brünnings Erklärung über die Zahlungsunmöglichkeit für Deutschland, die zugleich den Standpunkt der deutschen Abordnung in Lausanne darlegen sollte, hat eine überragende Offenbarung der bisher im Dunkel gehaltenen französischen Absichten hervorgerufen, deren Maßlosigkeit auch die letzten noch zweifelnden Gemüter über die Rolle Frankreichs im gegenwärtigen politischen Geschehen aufklären muß. Ein Zufall hat dabei mitgewirkt.

Lehten Samstag hat der Kanzler den englischen Botschafter Rumbold auf dessen Wunsch empfangen und ihm dargelegt, daß die Reichsregierung eine endgültige Lösung der Tributzfrage für allein richtig halte und daß diese Lösung nach ihrer Auffassung nur in der völligen Streichung der Reparationen bestehen dürfe, da von einem bloßen Zahlungsaufschub keine wirkliche Besserung der Lage zu erwarten sei.

Eine voreilige, auf Vertrauensbruch beruhende englische Verkaufsbewertung über diese Unterredung behauptete, Deutschland lehne grundsätzlich nun jeden Tribut ab. Da ging der Spektakel in Paris los. Die Presse hetzte wie auf Kommando von „Zerreißen des Youngplans und des Vertrags von Versailles“ durch Deutschland. Am Samstag abend noch gab der Reichskanzler durch WTB die bekannte Erklärung ab: Auf der Konferenz setze es, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Botschafter Sachverständigen zu ziehen. Die deutsche Abordnung habe die gegebene Sachlage darzustellen und die andern beteiligten Regierungen aufzufordern, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung tragen und nicht nach Kompromißlösungen suchen, für die eine wirkliche Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Aus diesem von den Sachverständigen in Basel beschriebenen Nichts machen man in Paris ein Nichtvolles, in „Zerreißen der heiligen Verträge“, und halbamtlich werden durch Havas die wütendsten Drohungen ausgestoßen, die Europa und die Welt in ein Chaos zu führen geeignet wären, falls sie jemals Wirklichkeit würden: nämlich Unterbindung der deutschen Ausfuhr und Zerstörung der deutschen Währung.

Das alles geschieht ohne einen Schimmer von Erinnerung daran, daß Deutschland während der sechs Jahre des Dawes- und Youngplans mit peinlichster Genauigkeit befristet gewesen ist, auf Kosten seiner Substanz, selbst mit geordneten Geldern, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Alle Redentumfstände können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland Milliardensummen an Entschädigung geleistet hat, die in der Geschichte kein Beispiel finden. Eben erst hat der Präsident der Reunorter Chas-National-Bank, Wigan, dargelegt, daß Deutschland im Verlauf der beiden letzten Jahre durch Rückzahlung von ungefähr fünf Milliarden Mark privater Schulden seit Herbst 1930 über seine politischen Schulden hinaus sehr große Regelmäßigkeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen, bewiesen

habe. Erst im Sommer 1931 habe Deutschland Zahlungs-erleichterungen für die Reparationen und die Handelskredite verlangt. Es habe sich bemüht, die ausländische Schuld (die es ja zum großen Teil für Reparationszahlungen aufgenommen hat) zurückzahlen. Die Rückzahlungen seien aber übertrieben gewesen und sowohl im Interesse der Gläubiger wie Deutschlands selbst liege es, das Gold und die ausländischen Devisen zu schützen. Ist gegenüber solchen Tatsachen noch die Verdächtigung von der selbstgewollten deutschen Zahlungsunfähigkeit aufrechtzuerhalten? Wenn Mussolini neulich mit beiführender Ironie sagte: „Was einst berechtigter Stolz der Zivilisation des zwanzigsten Jahrhunderts war, wird zu einer wehmütigen Erinnerung an vergangene Zeiten. Wir kehren wieder ins Mittelalter zurück; wir haben uns wohl stark vergrößert, wirtschaftlich gesehen ist aber ein Mittelalter um uns in jeder Hinsicht“, dann steht Frankreich an der Spitze des Strohtrupps, der in das Mittelalter hineinmarschiert. Wird die Lausanner Konferenz diesem verderblichen Geschehen Einhalt tun? Deutschland ist seit dem Versailler Vertrag, in Locarno, beim Londoner Ultimatum, beim Dawes- und Youngplan mit den rücksichtslosesten Mitteln des politischen und wirtschaftlichen Drucks gezwungen worden, Verpflichtungen anzuerkennen und zu unterschreiben, die sich gegenüber den unbeugsamen Tatsachen der Wirklichkeit als unhaltbar und undurchführbar erweisen. Die Folgen dieser Reparationspolitik der Unvernunft sind für die ganze Welt schädigend gewesen. Darum hat die Welt ein Interesse daran, daß diese Politik nach mittelalterlichen Grundsätzen, deren Verderber Frankreich ist, einer menschlicheren und vernünftigeren Entwicklung Platz macht.

### Poncet war unterrichtet

Paris, 13. Jan. Der deutsche Botschafter v. Hoesch hatte am Montag eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Laval und wies ihm nach, daß die englische Reuemeidung über die Unterredung Brünnings mit dem englischen Botschafter Rumbold unrichtig und entstellend sei. Laval stellte sich auf einen entgegengesetzten Standpunkt und erklärte, der deutsche Standpunkt sei schlechtweg unannehmbar.

In den Pariser Blättern war eine Wut auch darüber zum Ausdruck gekommen, daß Brüning dem englischen Botschafter (am Samstag) jene Mitteilung gemacht habe, während der französische Botschafter François-Poncet nichts erfahren habe. Dies ist wieder eine faulstidige Lüge. François-Poncet ist am Mittwoch voriger Woche beim Reichskanzler gewesen und hat dort genau dasselbe erfahren was Rumbold am folgenden Samstag. Am Donnerstag ist dann François-Poncet nach Paris abgereist. Die französische Regierung war also schon über die Absichten der Reichsregierung unterrichtet, ehe überhaupt die Unterredung mit dem englischen Botschafter stattfand.

## Zur Präsidentenwahl

### Die Absage Hitlers

Berlin, 13. Jan. Gestern wurde dem Reichskanzler folgendes Schreiben Hitlers übergeben:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsminister des Innern General Groener mit, es bestünde die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischem Weg zu verlängern bzw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags neu wählen zu lassen. Reichsminister des Innern Groener hat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben. Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die NSDAP bei aller Verehrung für die Person des Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher im Namen der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab. Die verfassungsrechtlichen, außen- und innerpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen. Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener Adolf Hitler.

Hitler hat bekanntlich auch dem Reichspräsidenten selbst brieflich von der Ablehnung der parlamentarischen Wiederwahl Kenntnis gegeben.

### Wahlauschluß unter Gessler?

Der völkervertreuerische Abgeordnete Graf Westarp ist in verschiedene Parteien der Mitte herangetreten, ob von ihrer Seite aus die Kandidatur Hindenburg aufgestellt werden könne. In einer Beratung wurde festgestellt, daß dieser Weg nicht gangbar sei, da er in Wirklichkeit zur Verhinderung

der Kandidatur führen würde. Es wird nun erwogen, einen Ausschuss politisch unabhängiger Persönlichkeiten etwa unter Leitung des früheren Reichswehrministers Gessler zu bilden, der die Volkscandidatur Hindenburgs aufstellen und durchführen soll. Ein solcher Ausschuss war bekanntlich auch bei der ersten Wahl 1925 unter Leitung des kürzlich verstorbenen Staatsministers a. D. v. Uebell gebildet worden.

## Neue Nachrichten

### Die Invalidenversicherung 1932

Im Dezember liefen etwa 3 Millionen Renteneinheiten, rund 2 300 000 Invalidenrenten, 670 000 Witwenrenten und etwa rund 610 000 Waisenrenten. Die den Trägern der Invalidenversicherung obliegende Rentenlast wird für 1931 auf rund 970 Millionen Mark geschätzt. Da die Renten dem natürlichen Wachstum entsprechend um etwa 70 Millionen steigen, ist bisher für 1932 mit einer Rentenlast für die Träger der Invalidenversicherung von rund 1 040 Millionen Mark gerechnet worden. Die Beitragseinnahme wird für 1931 etwa 840 Millionen Mark betragen.

Bei der Besprechung im Reichsversicherungsamt ist man davon ausgegangen, für 1932 die gleiche Beitragseinnahme wie in 1931 — also 840 Millionen Mark — anzusetzen. Wohl die meisten Versicherungsanstalten haben bei Aufstellung der Haushaltspläne hiernach verfahren, jedoch ist zu befürchten, daß die Beitragseinnahmen noch weitere Rückgänge erfahren. Durch die Bestimmungen der vierten Reichsnotverordnung werden die Träger der Invalidenversicherung jährlich rund 73 Millionen Mark weniger ausgeben haben. Daneben treten noch Ersparnisse für das Reich in Höhe von 27 Millionen ein. Der Fehlbetrag für 1932 wird dadurch etwa noch 200 Millionen Mark ausmachen.

## Tagespiegel

Der Preiskommissar für Württemberg, Postzeipräsident Alalber-Stukkarl, fordert in einem Aufsatze alle Kreise der Bevölkerung auf, ihn in seiner Arbeit für Preislenkung und Ueberwachung zu unterstützen.

Der Reparationsauschuss des Reichskabinetts hat am Mittwoch die Besprechung über die Richtlinien für die deutsche Abordnung auf der Lausanner Konferenz wieder aufgenommen.

Der Jungdeutsche Orden hat beim Reichsinnenminister einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Annahmeverlängerung Hindenburgs eingereicht. Gleichzeitig richtet der Vorsitzende Arthur Mahraun einen diesbezüglichen Aufruf an das deutsche Volk.

Der französische Staatspräsident Doumer hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Caval angenommen, nachdem die Radikalen es abgelehnt hatten, an der Umbildung des Kabinetts sich zu beteiligen.

Die beantragte Entlassung von 176 Angeketteten und 1000 Bergleuten bei der Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke wurde von der Regierungsbehörde für die Arbeiter auf 31. Januar und für die Angeketteten je nach Tarif oder Verträgen genehmigt.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat am Mittwoch die Untersuchung auf dem Gebiet des Textilwesens begonnen und die Tagesordnung für die Konferenz 1933 (Arbeitslosenfrage) festgesetzt. Im Verwaltungsrat ist Deutschland durch Ministerialdirektor Dr. Weigert (Regierungsvertreter), Kommerzienrat Vogel (Arbeitgeber), und Hermann Müller (Arbeitnehmer) vertreten.

Die Vereinigten Staaten werden auf der Lausanner Konferenz nicht einmal durch einen Beobachter vertreten sein, um jeden Schein eines erneuten Eingreifens Amerikas zu vermeiden.

Bei einer Nachwahl für den verstorbenen Senator Oraway (Demokrat) wurde in Little Rock (Arkansas) dessen Witwe als erste Frau in den Senat in Washington gewählt.

Die japanische Regierung ist der Ansicht, die neue chinesische Regierung in Nankin sei nicht gefestigt genug, um mit ihr Friedensverhandlungen zu führen. Die neue Regierung scheint auch tatsächlich schon am Zusammenbruch zu sein.

Die chinesische Regierung hat sich in der Antwortnote an Washington bereit erklärt, mit Amerika zusammenzuwirken, um der Annullierbarkeit des Neunmächtevertrags Geltung zu verschaffen.

Das Vermögen der Träger der Invalidenversicherung betrug am 31. August 1931 1471 Millionen Mark. Gegenüber dem 31. Dezember 1930, für den nach den Geschäft- und Rechnungsergebnissen ein Reinerwerb von 1637 Millionen vorhanden war, hat sich hiernach das Reinerwerb in den ersten acht Monaten des Jahres 1931 um 166 Millionen Mark vermindert. Für Ende 1931 wird mit einem Vermögensbestand von noch etwa 1430 Millionen zu rechnen sein. Wie hoch der Wert dieses Reinerwerbs sich höhermäßig einzulassen wäre, dafür fehlt jede Unterlage. Vielleicht müßten 30 bis 40 v. H. abgesetzt werden, denn der größte Posten von 478 Millionen Mark entfällt auf Wertpapiere.

Die Landesversicherungsanstalten können aus ihrem jetzt noch zahlenmäßig über eine Milliarde betragenden Vermögen so gut wie nichts flüssig machen. Die Landesversicherungsanstalten verlangen, daß das Reich den ihnen zwangsweise übergebenen Betrag von rund 164 Millionen Mark Reichsschatkammerleistungen des Jahres 1935 an Stelle baren Gelds jetzt zurücknimmt. Hiervon wird durch die Rücknahme der 164 Millionen Mark Reichsschatkammerleistungen keine endgültige Sanierung eintreten. Vielmehr ist nur für das Jahr 1932 eine teilweise Hilfe geschaffen, so daß die Hoffnung besteht, wenigstens über das vielleicht schwerste Jahr 1932 hinwegzukommen.

### Der „politische Durchbruch“

Paris, 13. Jan. Das dem jetzigen Berliner Botschafter François-Poncet sehr nahe stehende „Journal“ erfährt von einem „Franzosen, der Deutschland sehr gut kennt und an einem besonders guten Beobachtungsposten steht“ (d. h. von Poncelet selber): Für die Erklärung Brünnings sei der Zentrumsführer Brälat Kaas verantwortlich. Von diesem stamme das Wort: Jetzt sei der gegebene Augenblick zu einem politischen Durchbruch. Das sei jetzt die Meinung in Deutschland geworden, das wieder einmal ein „Not-Bischofs“ erlebe. Man hoffe dabei auf die Unterstützung Amerikas und Englands. Die Deutschen neigen stets dazu, sich als Opfer zu betrachten. Auch auf dem Gebiet der Abrüstung gebe sich der deutsche Durchbruchswille kund unter Verlegung des Versailler Vertrags. (1)





